

BÜCHER

Eine marxistische Makroökonomie für das 21. Jahrhundert

Rezension von: Anwar Shaikh,
Capitalism. Competition, Conflict, Crises,
 Oxford University Press, New York 2016,
 979 Seiten, gebunden, € 48;
 ISBN 978-0-199-39063-2.

Anwar Shaikhs „Capitalism“ ist sein Lebenswerk. Auf nahezu 1000 Seiten ist eine umfassende makroökonomische Theorie mit zahlreichen empirischen Fakten verknüpft. Man könnte sagen, Shaikh hat das geschafft, was viele Thomas Piketty nachgesagt haben: Er bringt die ökonomische Theorie von Karl Marx ins 21. Jahrhundert. Der Doyen des Postkeynesianismus Geoff Harcourt lobt das Buch gar als wahrscheinlich weitgespanntestes Werk seit Marx' Kapital. Der britische Ökonom Michael Roberts (2016) wies scherzhaft darauf hin, dass Shaikh für sein umfassendes Buch auch länger als Marx für den ersten Band des Kapitals benötigte.

Gegen den Strom

Anwar Shaikh ist Teil einer Forschungsgemeinschaft, die bedauerlicherweise immer kleiner wird. Auf Wikipedia findet sich eine Aufzählung von gut fünf Dutzend WissenschaftlerInnen, welche die ökonomischen Theorien von Karl Marx weiterentwickelt haben. Viele unter ihnen sind bereits gestorben, andere wie Wallerstein, Aglietta, Harvey, Bowles oder Gintis sind noch

älter als der 1945 in Pakistan geborene Shaikh. Die profunden Kenner marxistischer Theorie sind also rar geworden, an vielen Universitäten lässt die herrschende Lehre marxistischen Ideen keinen Platz mehr. Die „New School for Social Research“ in New York, an der Shaikh seit 1984 eine Professur für Volkswirtschaftslehre innehat, bietet als eine von wenigen akademischen Institutionen Raum für heterodoxe Forschung und Lehre in den Wirtschaftswissenschaften.

Shaikh ist in allen Belangen ein politischer Ökonom. Begeistert durch Reden von Martin Luther King und Malcolm X wurde er in der US-amerikanischen Linken aktiv und pflegte in seiner Studienzeit Kontakte zu den „Black Panthers“. Für Aufruhr sorgte er mit einer Einladung Joan Robinsons an das Ökonomie-Department der Columbia Universität, die nach einigem Druck der Studierenden tatsächlich zustande kam. In einer scharfen Kritik an der aggregierten Produktionsfunktion und der Grenzproduktivitätstheorie sorgte sie bei den anwesenden Professoren für Unmut, während sie die weitere Karriere von Shaikh damit stark beeinflusste.¹

Shaikh wurde auf dem akademischen Parkett durch die Formulierung der „Humbug“-Produktionsfunktion bekannt.² 1927 hatten Charles Cobb und Paul Douglas die bis heute in der neoklassischen Wirtschaftswissenschaft gelehrt makroökonomische Produktionsfunktion entwickelt. Shaikh argumentierte, dass diese Formel eine rein algebraische Identität sei und entlarvte sie als statistisches Artefakt. Mit seiner ersten Publikation provozierte er damit

den bekannten MIT-Ökonomen Robert Solow zu einer verärgerten Antwort, in der dieser Shaikhs Kritik allerdings nicht zu entkräften vermochte.³

Die klassischen Ökonomen Adam Smith, David Ricardo und vor allem Karl Marx haben großen Einfluss auf Shaikhs Werk. Luigi Pasinetti prägte ihn mit seiner Lehrveranstaltung über die Ideen Piero Sraffas. Auch ein intensives Studium des Keynes'schen Werks folgte. Diese vielfältigen Einflüsse durchziehen Shaikhs „Capitalism“ und dienen an vielen Stellen des Buches als Anknüpfungspunkte für seine eigenen Theorien. Zum Beispiel orientiert sich eines der wichtigsten Konzepte im Buch, das Prinzip der turbulenten Regulation, stark an den ökonomischen Bewegungsgesetzen, die bereits von Smith, Ricardo und Marx formuliert wurden. Trotz seiner Sympathie für die klassische Ökonomie findet man laufend Bezüge zur neoklassischen Theorie, wobei sich der Autor als profunder Kenner der herrschenden *Mainstream*-Ökonomie zeigt.

Über Wettbewerb, Konflikt und Krise

Das Buch ist aufgrund seiner inhaltlichen Breite fast enzyklopädischer Natur. Der Untertitel definiert mit „Competition, Conflict, Crisis“ die Schwerpunkte der Analyse. Der dreiteilige Aufbau entspricht dem nicht ganz. Der erste Teil ist eine Einführung in die Konzepte, auf die sich Shaikh wiederkehrend bezieht: Was sind Kapital und Profit? Wie funktionieren Produktions- und Tauschverhältnisse? Was ist Geld, und wie werden Preise bestimmt? In diesem Teil wird auch die verwendete Methodik des Buches beschrieben, die sich vor allem durch eine scharfe Kritik

sowohl von den Konzeptionen der *Mainstream*-Ökonomie als auch von den heterodoxen Denkschulen abgrenzt. Shaikh setzt sich dabei intensiv mit der Verschränkung von Mikro- und Makroökonomie auseinander und lehnt idealisierte Modellwelten mit perfekten Unternehmen, perfekten Individuen, vollkommener Information, rationalen Erwartungen und optimalen Ergebnissen ab.

Daraus folgt auch die Zurückweisung der Begriffe des vollkommenen und unvollkommenen Wettbewerbs: „*There is no imperfection without perfection, and there is no perfection at all.*“ (S. 759) Der Autor entwickelt im zweiten Teil sein Konzept des „realen Wettbewerbs“, den er als zentralen Regulationsmechanismus des Kapitalismus sieht. Er greift dabei direkt auf Marx zurück, denn hinter dem Wettbewerb sieht er das Profitmotiv, das zu Expansions- und Akkumulationszwang führt. Jedes Kapital handelt unter dem Imperativ der Profitmaximierung und kollidiert mit der Konkurrenz: „*This is real competition, antagonistic by nature and turbulent in operation.*“ (S. 259) Firmen sind für ihn keine passiven Gewinnmaximierer, sondern aktive Profit-sucher. Sehr pointiert formuliert es Shaikh so: Perfekter Wettbewerb ist ein Ballett, aber realer Wettbewerb ist Krieg. Der Preis ist die Waffe der Unternehmen, die Werbung ihre Propaganda, die Unternehmerverbände ihre Kirchen und der Profit ihr Gott.

Der dritte Teil des Buches widmet sich makroökonomischen Dynamiken und Wirtschaftskrisen. Ausgangspunkt ist eine recht ausführliche Auseinandersetzung mit der Entwicklung moderner makroökonomischer Theorien. Von der Keynes'schen Revolution bis zur „Real Business Cycle“-Theorie

trägt Shaikh die wichtigsten Ideen zusammen. Diese immerhin konzise Zusammenfassung bietet kaum Neuigkeitswert, und einige Hinweise auf bereits existierende Fachliteratur, wie beispielsweise das Referenzwerk von Snowden und Vane (2005), hätten ausgereicht. Im Anschluss entwickelt er seine eigenen Theorien zu den klassischen Kerngrößen der Makroökonomie, also Löhnen, Arbeitslosigkeit, Inflation, Wachstum und Profitabilität. Schließlich ist die letztgenannte Größe aus Shaikhs Sicht auch der zentrale Treiber für die Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Produktionsweise und somit auch die Wurzel wiederkehrender Krisen. Leider ist gerade dieser spannende Teil des Buches sehr kurz geraten.

Turbulente Regulation und realer Wettbewerb

„Capitalism“ ist dem Autor zufolge ein Versuch, die ökonomische Theorie von realen Gegebenheiten abzuleiten. Shaikh charakterisiert den Kapitalismus als dialektisches System von Ordnung und Unordnung, wobei unterschiedliche ökonomische Denkschulen jeweils nur auf eine der beiden Zuschreibungen fokussieren. Die neoklassische Orthodoxie argumentiert ihm zufolge die Ordnung und Stabilität einer Marktwirtschaft und beschäftigt sich davon ausgehend mit potenziellen Abweichungen von diesem Zustand. Die Heterodoxie, allen voran der Postkeynesianismus, nimmt hingegen eine gegensätzliche Perspektive ein. Sie unterstreicht Ungleichgewichte und Instabilitäten der Marktwirtschaft und zeigt Möglichkeiten der Stabilisierung durch die öffentliche Hand auf. Die Neoklassik habe ihren Ausgangspunkt

somit in einer idealisierten, perfekten Version des Kapitalismus, die Heterodoxie greife den Abstand zwischen dieser Vision und der realen Welt auf. Shaikh sieht die beiden Ansätze als Spannungsfeld zwischen „Perfektion“ und „Imperfektion“, allerdings mit demselben Bezugspunkt: eine idealisierte Welt.

Den keynesianisch geschulten KollegInnen unterbreitet er ein Angebot: *„To my many Keynesian and post-Keynesian friends, I propose that we reject the claim that perfect competition was ever appropriate and refuse the notion that observed outcomes should be attributed to historically arisen imperfections. The economic dynamics of capitalism arise from competition itself. There was never any Garden of Eden, and our current condition does not stem from its loss.“* (S. 747)

Folglich möchte er sich von den konventionellen Ansätzen der ökonomischen Analyse abheben und unternimmt eine Untersuchung der realen Welt statt perfekter oder imperfekter Modellwelten. Shaikh erklärt, dass hinter vielen beobachteten, wiederkehrenden Mustern in der langfristigen ökonomischen Entwicklung („*pattern recurrence*“) intrinsische Kräfte stecken. Diese immanenten Mechanismen sind als unruhige Fluktuationen rund um dynamische Pfade und nicht als stabile Gleichgewichte zu verstehen. Denn die zugrunde liegenden Kräfte werden von einer Reihe an Faktoren laufend beeinflusst: Institutionen, Machtverhältnissen, Produktivität, Wettbewerb und vielen mehr. Shaikh stellt diese von ihm bezeichnete „turbulente Regulation“, die von stetigen Über- und Untertreibungen gekennzeichnet ist, der allgemeinen Gleichgewichtstheorie gegenüber. Er versteht

ein Gleichgewicht nicht als stabilen Zustand, sondern als Gravitationsprozess mit zyklischen, turbulenten Fluktuationen: „[...] *turbulent gravitation implies that balance is achieved only through recurrent and offsetting imbalances, so that the equilibrating process is inherently cyclical, turbulent, and subject to ‚self-repeating fluctuations‘ of varying amplitudes and durations*“ (S. 113).

Mit den Konzepten des realen Wettbewerbs und der turbulenten Regulation beschreibt Shaikh die Bewegungsgesetze von Angebot und Nachfrage. So werden die unterschiedlichen Preise von Anbietern innerhalb einer Branche kaum durch die Mobilität der Konsumenten zum niedrigsten Preis ausgeglichen. Auch die Angleichung unterschiedlicher Profitraten zwischen den verschiedenen Branchen durch die Verschiebung von Kapital in Richtung der größten Profitrate funktioniert nur begrenzt. In beiden Fällen entstehen Verteilungen und Fluktuationen rund um Gravitationspunkte, argumentiert Shaikh. Diese Gravitationszentren sind – ganz in der Tradition der klassischen Ökonomen Smith, Ricardo und Marx – die Produktionspreise. In einem interessanten Kapitel zur empirischen Untermauerung des realen Wettbewerbs wird der Abstand zwischen Markt- und Produktionspreisen analysiert. Aus US-Daten von 1947 bis 1998 beziffert Shaikh die Distanz auf etwa 15 Prozent.

Profitmotiv als zentrale Kraft

In marxistischer Tradition stellt Shaikh die Profitabilität in den Mittelpunkt seiner ökonomischen Analyse der kapitalistischen Produktionsweise. Das Gewinnmotiv ist der bestimmende

Faktor für Investitionen, Beschäftigung und Wirtschaftswachstum sowie den Verlauf von Konjunkturzyklen. Daraus folgt auch seine Kritik an der (post-)keynesianischen Theorie, wonach die Wurzeln der aktuellen Krise eben nicht in Einkommensungleichheit und Unterbeschäftigung zu suchen sind, sondern in der Entwicklung der Profitrate. Dementsprechend sieht er die Konzentration keynesianischer Lösungsansätze auf eine stabile Lohnquote sowie eine aktive Geld- und Fiskalpolitik zur Sicherung von Vollbeschäftigung skeptisch. Diese Maßnahmen sind für Shaikh nicht ausreichend, sofern sie nicht die von ihm identifizierte Wurzel der Krise angreifen: die negative Entwicklung der Profitrate, die er – wie Marx – als dominante Triebkraft der kapitalistischen Produktionsweise ausmacht.⁴

Damit weist Shaikh auch das Konzept der unsichtbaren Hand als intrinsische Kraft und stabilisierendes Element der Marktwirtschaft zurück. Er betont, dass die zyklischen Fluktuationen der Profitabilität das Wirtschaftswachstum bestimmen und unterlegt diese Theorie mit zahlreichen empirischen Daten. Ausgangspunkt sind dabei die von Nikolai Kondratieff entwickelten langen Wellen der ökonomischen Entwicklung. Wiederkehrende Krisen sind für Shaikh ein inhärentes Charakteristikum der kapitalistischen Produktionsweise, während Krisen von der *Mainstream*-Ökonomie immer wieder als einmalige Ereignisse proklamiert würden. Er bedient sich dabei der marxistischen Argumentation, wonach ein langfristiger Fall der Profitrate zu Wirtschaftskrisen führt und untermauert dies mit einigem Zahlenmaterial. Die nächste Krise ist laut Shaikh also vorprogrammiert.

Fazit

Eine Rezension dieses voluminösen Lebenswerks ist eine Herausforderung. Es umfasst Theorien zu den relevanten Kennzahlen der Makroökonomie und untermauert die Thesen mit empirischen Daten. In Titel und Anspruch ähnelt der Wälzer von Shaikh dem Bestseller von Piketty (2014): Beide wollen systemimmanente Bewegungsgesetze des Kapitalismus erklären. Zweifelsfrei bietet Shaikh deutlich überzeugendere und umfassendere theoretische Überlegungen, nicht ohne auch Piketty ein kritisches Kapitel zu widmen.

Shaikhs großes Anliegen ist es zu zeigen, dass zentrale Lehrsätze der ökonomischen Analyse auch ohne Bezug auf Hyperrationalität, Optimierung, perfekten Wettbewerb, vollkommene Information und repräsentative Agenten hergeleitet werden können. Das demonstriert er anhand der Gesetze von Angebot und Nachfrage, der Bestimmung von Löhnen und Gewinnen, dem Entstehen von Arbeitslosigkeit und der Existenz wiederkehrender Krisen. Als Alternative zu den Erklärungsansätzen der *Mainstream*-Ökonomie stellt Shaikh das Konzept des realen Wettbewerbs ins Zentrum, denn „*in the end, capitalism remains constrained by the laws of real competition on which it rests*“ (S. 55).

Matthias Schnetzer

Anmerkungen

- ¹ Shaikh (2014).
- ² Shaikh (1974).
- ³ Solow (1974).
- ⁴ Vgl. Roberts, Shaikh (2016).

Literatur

- Cobb, C. W.; Douglas, P. H., A Theory of Production, in: American Economic Review 18/1 (1927) 139-165
- Piketty, T., Das Kapital im 21. Jahrhundert (München 2014).
- Roberts, M., Capitalism and Anwar Shaikh (2016); online: <https://thenextrecession.wordpress.com/2016/04/04/capitalism-and-anwar-shaikh/>.
- Shaikh, A., Laws of Production and Laws of Algebra: The Humbug Production Function, in: Review of Economics and Statistics 56/1 (1974) 115-120.
- Shaikh, A., Order in and through Disorder: The Invisible Hand as a Turbulent Regulator, in: Szenberg, M.; Ramrattan, L. B. (Hrsg.), Eminent Economists II. Their Life and Work Philosophies (Cambridge 2014).
- Snowdon, B.; Vane, H. R., Modern Macroeconomics. Its Origins, Development and Current State (Cheltenham, UK; Northampton, USA, 2005).
- Solow, R. M., Laws of Production and Laws of Algebra: The Humbug Production Function: A Comment, in: Review of Economics and Statistics 56/1 (1974) 121

Helikoptergeld zur Überwindung der Wachstumsprobleme in Europa?

Rezension von: Adair Turner, *Between Debt and the Devil: Money, Credit, and Fixing Global Finance*, Princeton University Press, Princeton 2015, 302 Seiten, gebunden, € 22,95; ISBN 978-0-691-16964-4.

Die Ursachen für die Krise 2008/09 liegen in einem rapiden Anstieg der Verschuldung des Privatsektors im Zusammenhang mit der ab den 1980er-Jahren einsetzenden Deregulierung eines an Komplexität, Größe und Instabilität gewinnenden Finanzsektors. Der in den Jahren nach der Finanzkrise bestehende Privatschuldenüberhang drückte die Wirtschaftsleistung nach unten und führte – im Zusammenhang mit einer weit hinter ihren Möglichkeiten zurückbleibenden geld- und fiskalpolitischen Stimulierungspolitik – zu anhaltend unzureichender Nachfrage, hoher Arbeitslosigkeit und in eine Schuldendeflationsspirale. Deshalb muss es wirtschaftspolitisch aktuell darum gehen, Optionen zu ergreifen, mit denen zusätzliche Nachfrage geschaffen werden kann, um die Arbeitslosigkeit abzubauen und den Deflationskräften entgegenzuwirken, die bereits voll Fahrt aufgenommen haben.

Was nach einer dezidiert heterodoxen Sichtweise auf die Entstehung der Krise und Möglichkeiten zu ihrer Überwindung klingt, ist der analytische Unterbau des vorliegenden Buches von Adair Turner, einem Technokraten mit langjähriger Erfahrung als Bankmanager und Finanzmarktregulierer. Turner

war von 2008 bis 2013 Vorsitzender der britischen Finanzmarktaufsichtsbehörde; zudem stand er dem zentralen Politikkomitee des „International Financial Stability Board“ vor. Somit war Turner, der mittlerweile am „Institute for New Economic Thinking“ aktiv ist, im Zuge der Finanzkrise eine Schlüsselfigur bei der Initiierung und Umsetzung von Reformen der Finanzmarkt-Regulierungsarchitektur.

Turner ist einer der wenigen „*Insider*“, welche den ökonomischen *Mainstream* vehement herausfordern. Zum einen, indem er offen davon spricht, dass die Aktivitäten der Finanzmärkte zu einem erheblichen Teil sozial schädlich waren; und zum anderen durch seine kritische Einschätzung zu den Finanzmarkt-Regulierungsbemühungen der letzten Jahre: „*[O]ur reforms failed to address the fundamental issues, and [...] we were wrong to assume that economies would recover if only we would restore confidence in the banking sector.*“ (S. xii)

Aufgeblasener Finanzsektor, gefährliche Privatverschuldung

Turner gibt am Anfang des Buches unumwunden zu, dass er die Finanzkrise nicht hatte kommen sehen. Damit ist er zweifelsohne nicht alleine, denn der ökonomische *Mainstream* war nicht dazu in der Lage, die Verwerfungen an den Finanzmärkten und ihre realwirtschaftlichen Auswirkungen im Voraus auch nur als Möglichkeit zu erwägen. Der Grund dafür liegt, wie Turner in den ersten Kapiteln des Buches aufzeigt, zu erheblichem Teil in der ökonomischen Standardtheorie, welche die Existenz effizienter Finanzmärkte postuliert.

Der Glaube an die Selbstregulie-

rungskräfte der Finanzmärkte war auch die Grundlage dafür, dass Finanzmarktregulierungsbehörden, Zentralbanken und akademische ÖkonomenInnen davon ausgegangen waren, dass zunehmende Finanzmarktaktivitäten und innovative Finanzpraktiken (Verbriefung und Derivate) die Kapitalallokation verbessern: Das Finanzsystem mache die Wirtschaft nicht nur effizienter, sondern auch sicherer, was zu erheblichen sozialen Wohlfahrtsgewinnen führe.

Turner hält dagegen: Moderne Finanzsysteme, die weitgehend ihrer Selbstregulierung überlassen werden, kreieren exzessive Verschuldungspositionen im Privatsektor und besonders fragile Finanzmarktconstellations. Zur empirischen Untermauerung verweist er bspw. auf Reinhart und Rogoff (2013), die gezeigt haben, dass die Privatverschuldung gemessen an der Wirtschaftsleistung in entwickelten Volkswirtschaften vor allem von den 1980er-Jahren bis zur Finanzkrise stark angestiegen war. Zudem diskutiert Turner im Zahlendetail die zunehmende Komplexität, das explodierende quantitative Ausmaß und die Kreditintensität von Finanzmarktaktivitäten.

Ein wichtiges Beispiel sind Derivatprodukte, zu denen bspw. jene verbrieften, forderungsbesicherten Wertpapiere (*asset backed securities*) gehören, die maßgeblich zur Entwicklung der Finanzkrise 2008/2009 beitrugen:

„Trading in derivatives played a minimal role in the financial system of 1980, but it now dwarfs the size of the real economy; from zero in 1980, the total notional value of outstanding interest rate derivative contracts had soared by 2007 to more than \$400 trillion, about nine times the value of global GDP.“ (S. 25)

Die Regulierungsverantwortlichen versuchten nicht, dieser steigenden Finanzkomplexität durch strengere Regulierungen entgegenzuwirken; denn sie hingen ja dem Glauben an, dass mehr und komplexere Finanzwirtschaft uneingeschränkt gut für die Wirtschaft sei. Die ersten Kapitel können vor diesem Hintergrund als prominentes *mea culpa* eines langjährigen Finanzmarkt- und Regulierungs-*Insiders* gelesen werden: Wir glaubten an die heilsamen Kräfte vollkommener Finanzmärkte, aber wir lagen falsch. Denn tatsächlich waren die Netto-Wohlfahrtseffekte stark steigender Finanzmarktaktivitäten deutlich negativ. Diese Erkenntnis ist in heterodoxen Kreisen, die sich schon lange mit den gesamtwirtschaftlichen Effekten von Finanzialisierung beschäftigen, natürlich nicht neu; aus der Feder Turners, der seit vielen Jahren ein prominentes Mitglied in Zentralbank- und Finanzbranchekreisen ist, erscheint sie jedoch durchaus als bemerkenswert.

Aus der Diagnose, dass ein zu hoher Bestand an Privatverschuldung das Hauptproblem darstellt, leitet Turner folgende Überlegungen ab: Erstens müssen Maßnahmen getroffen werden, die exzessives Kreditwachstum einschränken. Dabei bezieht er sich hauptsächlich darauf, was in Zentralbankkreisen als makroprudenzielle Regulierung diskutiert wird – ein Begriff, der bspw. höhere Eigenkapitalanforderungen für Finanzinstitutionen, striktere Kreditbeschränkungen bei der Finanzierung von Vermögenswerten und Mindeststandards für Hypothekendarlehen einschließt.

Zweitens müssen laut Turner jene Faktoren adressiert werden, welche die Neigung moderner Finanzsysteme zur Schaffung exzessiver Verschul-

dungspositionen erhöhen: kreditintensive Immobilienfinanzierung, steigende (Einkommens- und Vermögens-) Ungleichheit und globale Leistungsbilanzungleichgewichte.

Zum Thema Ungleichheit schreibt Turner: „*[There is] the danger that an increasingly unequal society means an increasingly credit-intensive economy, and as a result a potentially unstable one.*“ (S. 178) „*[...] If we fail to tackle inequality, we will face not only its direct adverse implications for social cohesion and human welfare, but its consequences for financial instability as well.*“ (S. 180) Eine tiefergehende Diskussion umsetzbarer Maßnahmenvorschläge, wie die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen reduziert werden kann, bleibt Turner jedoch schuldig.

Schuldenüberhang und Wachstumsprobleme in Europa: Was tun?

Turner argumentiert, dass die Hauptursache für die Tiefe der Rezession und für die schwache Erholung in den Jahren nach der Finanzkrise im Schuldenüberhang des Privatsektors liegt. Der Aufbau exzessiver privater Verschuldungspositionen zwang überschuldete Haushalte und KonsumentInnen in den letzten Jahren zum Schuldenabbau. Dies führte zu geringeren Konsumausgaben und einem Rückgang der von Unternehmen getätigten Investitionen – mit erheblichen negativen Auswirkungen auf die Budgetdefizite, weil der Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage auch sinkende Steuereinnahmen und höhere Sozialausgaben mit sich brachte.

Alle traditionellen Politikhebel zur Ankurbelung der Nachfrage sind jedoch aktuell weitgehend blockiert, was ganz besonders auf die Eurozone zu-

trifft. Die Geldpolitik der EZB stößt seit Längerem an die Grenzen ihrer Effektivität. Zinssenkungen sind aufgrund der Nulluntergrenze für Nominalzinsen kaum mehr möglich; und die Wirksamkeit von verstärkter „Mengenmäßiger Lockerung“ (*Quantitative Easing*) zur Ankurbelung von Wachstum und Beschäftigung ist zweifelhaft. Zum einen, weil günstige Kreditkonditionen nicht helfen, wenn die weiterhin mit dem Schuldenabbau beschäftigten AkteuerInnen im Privatsektor eine geringe Kreditnachfrage haben. Zum anderen, weil auch ein weiteres Absinken des Realzinsniveaus das Grundproblem der pessimistischen Erwartungen vieler UnternehmerInnen nicht löst, solange kein fiskalpolitischer Kurswechsel stattfindet. Das Instrument einer expansiven Budgetpolitik wiederum steht angesichts des rigiden EU-Fiskalregelwerks, das gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten den Spielraum zur Tüchtigkeit öffentlicher Investitionen unnötig stark einschränkt, kaum zur Verfügung.

Dazu kommt, dass gerade Deutschland, das innerhalb der Eurozone wirtschaftlich eindeutig am besten dasteht und erheblichen fiskalpolitischen Spielraum hätte, jeglichen politischen Willen zur fiskalpolitischen Ankurbelung der Nachfrage vermissen lässt. Unter dem deutschen Finanzminister Wolfgang Schäuble ist aus der „schwarzen Null“ der öffentlichen Haushalte während der letzten Jahre nachgerade ein Fetisch gemacht worden. Vor dem Hintergrund des deutschen Spardogmas und des eingeschränkten budgetpolitischen Handlungsspielraumes in anderen Eurozoneländern wird die traditionelle Fiskalpolitik ihrer Aufgabe der dringend gebotenen Nachfragestimulierung in der Eurozone nicht gerecht.

Turners Vorschlag: Helikoptergeld

Vor diesem Hintergrund von nur sehr eingeschränkt zur Verfügung stehenden geld- und fiskalpolitischen Hebeln argumentiert Turner folgendermaßen: Jene Länder, die sich derzeit mit einer drückenden Schuldenlast bei niedrigem Wachstum, hoher Arbeitslosigkeit, aber auch sehr niedrigen Zinsen gegenübersehen, sollten eine „radikale“ Politikoption ergreifen: Die Zentralbank sollte Geld drucken, und die Regierung sollte dieses Geld – wie über einen Helikopter – an die Menschen verteilen. Die mit dem Helikoptergeld getätigten Ausgaben würden das nominelle BIP erhöhen und dadurch zu einem Mix von höherem realen Output und höherer Inflation führen.

Turner bringt das Beispiel, dass eine Regierung z. B. allen StaatsbürgerInnen 1.000 Euro per elektronischem Transfer auf ihre Bankkonten überweisen könnte; die Finanzierung käme von der Zentralbank. Die Regierung könnte mit dem „gedruckten“ Geld aber natürlich auch Steuersenkungen oder zusätzliche öffentliche Ausgaben finanzieren.¹ Ungeachtet der genauen Ausgestaltung würde der Einsatz von Helikoptergeld jedenfalls die gesamtwirtschaftliche Nachfrage stimulieren. Die Grundidee ist, das Geld sofort in die Hände jener zu geben, die es ausgeben, um so auf direktem Weg nominales BIP zu schaffen – statt durch den Kauf von Staatsanleihen und anderen Wertpapieren, die zu niedrigeren Zinsen führen und damit über unsichere, indirekte Kanäle Investitionen und Konsumausgaben anregen sollen.

Helikoptergeld könnte zudem effektiv für eine Abschreibung von unhaltbar hohen Staatsschulden eingesetzt werden; nämlich indem die Zentralbank

Staatsanleihen aufkauft und diese auf der Vermögensseite ihrer Zentralbankbilanz durch einen unbefristeten, nicht zinstragenden Kredit ersetzt, der jedoch von der Regierung niemals zurückbezahlt werden müsste. So ließen sich die Staatsschuldenquoten reduzieren, was zu abnehmendem Budgetkonsolidierungsdruck und damit zu mehr Spielraum für expansive Wirtschaftspolitik führen würde – was angesichts von Deflationsdruck und anhaltend hoher Arbeitslosigkeit dringend erforderlich wäre.

Monetäre Staatsfinanzierung ist laut Turner angesichts des weiterhin bestehenden Privatschuldenüberhangs die einzige Möglichkeit, um Wirtschaftswachstum zu generieren, das nicht neuerlich – wie in der Vorkrisenzeit – auf einem weitaus gefährlicheren Anstieg der Privatverschuldung beruht. Turners Vorschlag rührt in konservativen Zentralbankkreisen freilich an Tabus: Die vehemente Opposition hat stets die Warnung parat, dass monetäre Staatsfinanzierung quasi naturgesetzlich zu exzessiven Budgetdefiziten und galoppierender Inflation führe. Monetaristische Ökonominnen wie der deutsche Bundesbankpräsident Jens Weidmann sehen einen monetär finanzierten fiskalpolitischen Stimulus der Nachfrage schlicht als Entwertung der Währung und damit als einen „Akt des Teufels“. Gegner von Helikoptergeld ziehen sich regelmäßig auf die Position zurück, dass direkte Staatsfinanzierung der EZB durch die EU-Verträge untersagt ist.

Allerdings haben angesichts der bestehenden globalen Nachfrageschwäche mittlerweile auch prominente *Mainstream*-Ökonomen wie Ben Bernanke, Willem Buiter und Brad DeLong für einen durch die Zentralbank finan-

zierten fiskalischen Stimulus argumentiert.² Sie betonen, dass in einem durch niedrige Inflation, schwaches Wachstum und sehr geringe Zinsen geprägten Umfeld die Inflationssorgen von KritikerInnen wie Weidmann fehl am Platz seien. Die Positionen und Überzeugungen von einigen *Mainstream*-ÖkonomInnen sind also durchaus in Bewegung, vor allem im Bereich der Geldpolitik, wo in den letzten Jahren ja bereits einiges umgesetzt wurde, das vor der Krise als schlicht undenkbar gegolten hätte (Stichworte *Quantitative Easing* und *Forward Guidance*).

Turner sucht durch sein Eintreten für monetäre Staatsfinanzierung als wirtschaftspolitische Handlungsoption die Grenzen dessen weiter zu verschieben, was die wirtschaftspolitischen EntscheidungsträgerInnen zu erwägen bereit sind. Dabei geht er durchaus auf die Vorbehalte mächtiger konservativer ZentralbankerInnen und monetaristischer ÖkonomInnen gegenüber Helikoptergeld ein, die u. a. vor der Vermischung von Geld- und Fiskalpolitik warnen.

Turner schlägt vor, die Entscheidung zu monetärer Staatsfinanzierung in die Hände der Zentralbanken zu legen. Die Entscheidung, ob die monetäre Staatsfinanzierung in Form von Steuerenkungen oder Ausgabenerhöhungen verwendet wird, soll laut Turner zwar bei den Regierungen verbleiben. Dennoch drängt sich aus einer kritischen heterodoxen Perspektive die Frage auf, warum die Entscheidung über das Ausmaß der Helikoptergeld-Operation nicht unter Zusammenarbeit von Zentralbank und demokratisch legitimierten fiskalpolitischen EntscheidungsträgerInnen getroffen werden sollte. Turner rüttelt in seinem Buch zwar an mehreren ökonomischen Dog-

men, nicht jedoch an jenem der formalen Unabhängigkeit der Zentralbanken.

Aus postkeynesianischer Perspektive ist dies kritikwürdig, weil die Aufrechterhaltung des Fokus auf Zentralbankunabhängigkeit einen möglichen Konflikt mit demokratischen Grundwerten erzeugt.³ Dabei ginge es auch im Kontext der Frage nach dem Einsatz von Helikoptergeld zur Generierung von Wachstum und Beschäftigung um die Aufgabe, ein institutionelles Design – und einen damit in Zusammenhang stehenden Grad von Zentralbankunabhängigkeit – zu finden, der nicht nur eine effiziente politische Maßnahmenumsetzung ermöglicht, sondern auch die nötige demokratische Legitimation sicherstellt. Bei Helikoptergeld muss es grundlegend darum gehen, den Staat (in der Eurozone: die Regierungen der Eurozonenländer) unter Mithilfe und in Zusammenarbeit mit der Zentralbank (in der Eurozone: die EZB) in die Lage zu versetzen, Geld zu schöpfen, um die Verwirklichung demokratisch legitimer Ziele zu ermöglichen.

Turners Buch stammt aus der Feder eines Technokraten, der die anhaltenden Probleme in der globalen Wirtschaft als ein technisches Problem betrachtet. Wenn die traditionellen geld- und fiskalpolitischen Handlungsoptionen entweder unwirksam oder aber aus politischen Gründen blockiert sind, dann muss aus seiner technokratischen Sicht eben eine andere Politikoption her; und da kommt der Vorschlag für Helikoptergeld ins Spiel.

Turner leistet sicherlich einen hoch einzuschätzenden Beitrag für die wirtschaftspolitische Debatte, um an bestehenden Tabus bezüglich monetärer Staatsfinanzierung zu rütteln. Er demonstriert überzeugend, dass jene, die konstruktiv zur Lösung der vorherr-

schenden makroökonomischen Probleme beitragen wollen, die wirtschaftspolitische Orthodoxie und bestehende ökonomische Standardtheorien hinterfragen müssen.

Wer sich eine politische Vision für eine Umgestaltung des Finanz- und Wirtschaftssystems erwartet – bspw. durch eine radikal andere Finanzmarktregulierungsarchitektur oder durch eine fortschrittliche Wirtschafts- und Sozialpolitik zur Bekämpfung von Einkommens- und Vermögensungleichheiten –, wird das Buch enttäuscht aus der Hand legen. Denn Turner trachtet danach, technische Möglichkeiten aufzuzeigen, um das bestehende System durch weniger privatverschuldungsintensive Nachfragestimulierung als in den letzten Jahrzehnten zu erhalten.

Philipp Heimberger

Anmerkungen

- ¹ Z. B. Giavazzi, Tabellini (2015); Ederer et al. (2015).
- ² Bernanke (2016); DeLong (2016).
- ³ Z. B. Bibow (2010).

Literatur

- Bernanke, Ben, What tools does the Fed have left? Part3: Helicopter money, in: Brookings blog (11.4.2016); <http://www.brookings.edu/blogs/ben-bernanke/posts/2016/04/11-helicopter-money> (zuletzt abgerufen am 9.7.2016).
- Bibow, Jörg, A Post-Keynesian Perspective on the Rise of Central Bank Independence: A Dubious Success Story in Monetary Economics (= Levy Economics Working Paper No. 625, Annandale-on-Hudson, NY, 2010).
- Buiter, Willem, The Simple Analytics of Helicopter Money: Why it Works – Always, in: *Economics* 8 (2014) 1-51.
- DeLong, Brad, Rescue Helicopters for Stranded Economies, in: Project Syndicate (29.4.2016); <https://www.project-syndicate.org/commentary/helicopter-money-fiscal-stimulus-by-j--bradford-delong-2016-04> (zuletzt abgerufen am 9.7.2016).
- Ederer, Stefan; Mittendrein, Lisa; Schwarz, Valentin, Staatsfinanzierung durch die EZB: Ein notwendiger Tabubruch, in: *Kurswechsel* 1 (2015) 84-87.
- Giavazzi, Francesco; Tabellini, Guido, How to jumpstart the Eurozone economy, in: *VoxEU* (21.8.2014); <http://voxeu.org/article/how-jumpstart-eurozone-economy> (zuletzt abgerufen am 9.7.2016).
- Reinhart, Carmen; Rogoff, Kenneth, Financial and Sovereign Debt Crises: Some Lessons Learned and Those Forgotten (= IMF Working Paper 13/266, Washington, D. C., 2013).

Reiche und Weltmeere

Rezension von: Wolfgang Reinhard (Hrsg.), *Geschichte der Welt 1350-1750. Weltreiche und Weltmeere*, C. H. Beck, München 2014, 1.008 Seiten, gebunden, € 48; ISBN 978-3-406-64103-9.

Globalgeschichtsschreibung hat derzeit Hochkonjunktur – beispielsweise bringt der S. Fischer Verlag eine 21-bändige Weltgeschichte heraus.

Bei C. H. Beck und Harvard University Press erscheint eine sechsbändige „Geschichte der Welt“, herausgegeben von Jürgen Osterhammel, weltweit berühmt geworden durch seine Globalgeschichte des 19. Jahrhunderts „Die Verwandlung der Welt“ (2009)¹, und dem japanischen Historiker Akira Iriye. Herausgeber des vorliegenden dritten Bandes des Gesamtwerks ist Wolfgang Reinhard, Professor in Freiburg im Breisgau, der insbesondere mit Arbeiten zur Entstehung des modernen Staates („Geschichte der Staatsgewalt“, 2000) und jüngst mit einer Globalgeschichte der europäischen Expansion 1415-2015 „Die Unterwerfung der Welt“ (2016) hervorgetreten ist.

Weltgeschichte ist lange Zeit als eine Geschichte des Aufstiegs und Niedergangs einer kleinen Zahl von jeweils führenden Hochkulturen geschrieben worden. Diese sechsteilige Globalgeschichte verabschiedet sich von der europa- oder westzentrierten Sichtweise. Sie leugnet die Errungenschaften des Westens seit dem 18. Jahrhundert keineswegs, stellt sie aber in den größeren Zusammenhang gleichzeitiger Entwicklungen in anderen Teilen der Welt. Statt um die Ausbreitung der einen, westlichen, Moderne über den

Erdball geht es um eine vielfältige Moderne.

Besondere Aufmerksamkeit gilt im vorliegenden Band den Beziehungen und Wechselwirkungen zwischen den Kontinenten, Subkontinenten und Reichen bzw. Protostaaten, den Gemeinsamkeiten der Entwicklungen in fünf kulturgeografischen Großräumen („Welten“) bzw. den Unterschieden zwischen denselben: der interkontinentalen Ausbreitung von Techniken, philosophischen und politischen Ideen sowie Religionen, den Kommunikationsnetzen und Handelsströmen, Kolonialismus und Imperialismus, den großräumigen Kriegen, der Entstehung von Gesellschaften und von Reichen, dem Übergang zu frühmodernen Protostaaten.

Der Band besteht aus einer Einleitung des Herausgebers und jeweils einem Kapitel zu den fünf „Welten“ Kontinentaleurasien (mit Einzelbeiträgen zu China, Russland, Zentraleurasien, Japan, Korea und Vietnam), der islamischen Welt (Osmanisches Reich, Iran), Südasien und dem Indischen Ozean, Südostasien und Ozeanien sowie Europa und der Atlantischen Welt. Die Einzelbeiträge des letztgenannten Kapitels befassen sich mit dem lateinischen Europa, dem atlantischen Afrika und den neuen atlantischen Welten.

Reinhard befasst sich in der Einleitung mit den Einflussfaktoren und Varianten der Reichsbildung, mit den Weltmeeren als Interaktionsräumen, mit den epochenspezifischen Formen der Interaktion zwischen den Welten und innerhalb der Welten, den sozialen Schichtungen und den Weltdeutungen.

Zwischen 1350 und 1750, dem Hochmittelalter und den Dekaden vor dem Beginn der Industrialisierung, war die Menschheit von einer Einheit noch

weit entfernt. Es fielen in diesen Jahrhunderten aber wichtige Vorentscheidungen für den Weg zur Globalisierung. Die „Alte Welt“ entdeckte für sich eine bis dahin isoliert existierende „Neue Welt“ jenseits des Atlantiks und etablierte einen risikoreichen, aber dennoch fortwährenden Schiffsverkehr zwischen Europa und Süd-, Südost- und Ostasien. Die fünf Welten, von denen die Atlantische Welt überhaupt erst entstand, blieben zwar noch getrennt, die Interaktionen zwischen ihnen verstärkten sich aber zunehmend. Innerhalb der fünf Welten bestand jeweils intensive Binnenkommunikation, und die Außenkommunikation war noch vergleichsweise schwach. „Vorglobale ‚Weltgeschichte‘ wäre also die Geschichte solcher ‚Welten‘ und ihrer Interaktionen“, erläutert Reinhard in der Einleitung (S. 15).

Die fünf Welten, kulturgeografische Großregionen, wiesen zwar nicht unbedingt eine gemeinsame Kultur auf, aber doch deutliche gemeinsame Eigenschaften. Jede der fünf Welten folgte einer Eigenlogik, einer pfadabhängigen Entwicklung. Die fünf Abschnitte beschreiben und analysieren, was diese Eigenlogik jeweils ausmachte und wie sie zur Grundlage von Reichsbildungen und wirtschaftlicher sowie kultureller Integration wurde.

Beispielsweise wussten „Europa“, „Afrika“ und „Amerika“ bis Mitte bzw. Ende des 15. Jahrhunderts so gut wie nichts von der Existenz der jeweils anderen zwei Welten und deren Bewohnern. Ketten von kontingenten Aktivitäten und Entwicklungen setzten dann die jahrhundertelange Expansion europäischer Einflussnahme in Gang. Fünf Länder der „Alten Welt“ unterwarfen sich die „Neue Welt“ und banden das atlantische Afrika in ein Handelssys-

tem ein, das vor allem der Belieferung Amerikas mit Sklaven diente. Der Atlantik wurde zu einem Binnenmeer in der „Atlantischen Welt“.

Weltmeere als historische Interaktionsräume sind längst zu Gegenständen der Forschung geworden und bilden einen der beiden Bezugsgrößen des Bandes.

Weitere wichtige Aspekte der transatlantischen Interaktion neben dem Sklavenhandel waren die folgenreichen biologischen Austauschprozesse, der sogenannte „Columbische Austausch“ (Alfred W. Crosby), ein wechselseitiger Transfer von Pflanzen, Tieren und Mikroorganismen, und der Silberfluss aus dem spanischen Amerika in weite Teile der Welt.

Die Einfuhr von Bakterien und Viren aus der „Alten Welt“ führte in der „Neuen Welt“ zu einer Bevölkerungskatastrophe. Da den Indigenen infolge ihrer bisherigen Isolierung jegliche Immunität gegen die neuen Krankheitserreger fehlte, fielen sie massenweise einer Abfolge von Seuchenwellen zum Opfer. Im spanischen Amerika sank die Bevölkerungszahl von 30 bis 40 Mio. um 1492 auf einen Tiefpunkt von rd. 4 Mio. 1650!

Der atlantische Austausch, genauer gesagt das Silber aus Peru und Mexiko, bildete eine der Voraussetzungen für die europäische Expansion in Asien. Amerika bestritt zwischen 1493 und 1800 rd. 70% der Gold- und 85% der Silberförderung der Welt, gegen Ende des Zeitraums sogar 85% bzw. 90%. Die spanische Silbermünze (*real*) war die Leitwährung der europäischen Weltwirtschaft. Das peruanische und mexikanische Silber floss aus Spanien in die Niederlande, die damit ihren Handel u. a. mit dem Fernen Osten teilfinanzieren konnten, das brasilianische

Gold floss im 18. Jh. über Portugal nach England.

Haupttriebkraft des globalen Silberstroms war die enorme Nachfrage der re-monetarisierten Wirtschaft des chinesischen Ming-Reichs mit rd. 150 Mio. Konsumenten Mitte des 16. Jh.s (gegenüber etwa 90 Mio. Europäern) nach Handelswaren sowie die Leistungsfähigkeit chinesischer Produzenten von Seide, Porzellan, Tee und andern Luxuswaren. Das Ming-Reich trat also Mitte des 16. Jh.s in die Weltwirtschaft ein und wurde zum Herzstück von Handelsströmen zwischen Lateinamerika, Europa, Indien, Südost- und Ostasien. Von einer nach innen gerichteten Gesellschaft, die darauf bedacht war, landwirtschaftlich autark zu bleiben, wandelte sich Ming-China zu einem hochgradig kommerzialisierten und (auch) nach außen gerichteten Land. Silber war das für den Fernhandel geeignete Zahlungsmittel.

Peter Purdue, ein renommierter China-Spezialist aus Yale, der den Kontinentaleurasien-Abschnitt verfasst hat, hebt die spektakulären Erfolge des Qing-Reichs zwischen 1644 und ca. 1750 hervor, insbesondere die vollständige Unterwerfung der Weidenomaden Zentralasiens – bis dahin eine ständige militärische Bedrohung – und die Verdreifachung des Reichsgebiets (im NW und NO sogar weit über die heutigen Grenzen der VRC hinaus).

Diese beispiellose Expansion eröffnete Chancen für wirtschaftliches Wachstum, sowohl in der Landwirtschaft als auch im Handel. Die Bevölkerung Chinas verdoppelte sich während des 18. Jh.s von 150 auf mindestens 300 Mio. Menschen (während jene Europas „nur“ von 120 auf 190 Mio. stieg). Diese bis dahin einzigartige Entwicklung beruhte u. a. auf institutio-

nellen Reformen in der Verwaltung (der „Große Rat“ und das System der „geheimen Palasteingaben“ reduzierten den Einfluss von partikulären Loyalitäten und stärkten die autokratischen Entscheidungsstrukturen), auf der Erschließung riesiger neuer Anbauflächen für die Landwirtschaft und auf intensiviertem und ertragreicheren Anbau von Reis, Getreide, Knollen, Hülsenfrüchten etc. Vermutlich war Chinas Bevölkerungsexplosion im 18. Jh. nur auf der Grundlage der aus Amerika eingeführten Süßkartoffel möglich (3- bis 4-fach höherer Hektarertrag als Reis!).

Die Effektivität der Qing-Bürokratie wird deutlich am Beispiel des Systems der staatlichen Getreidespeicher mit ihren Pufferbeständen zur Preisstabilisierung und als Vorsorge für Hungersnöte. Als die Region um Peking und Tianjin 1744 von einer langen Dürre heimgesucht wurde, konnten 1,6 Mio. Menschen über das Kanalsystem mit Getreide aus staatlichen Speichern versorgt werden! Die enorme Zunahme der Bevölkerung beruhte nicht zuletzt auf diesem Speicher- und Transportsystem. Nach 1750, als die Effektivität der Bürokratie zu schwinden begann, schlitterte China wieder in heftigere Krisen in Versorgung und Politik. Mitte des 18. Jh.s erreichte und überschritt das Qing-Reich somit seinen Höhepunkt.

Die Reichsbildung stellt neben den maritimen Interaktionen den zweiten Schwerpunkt des Bandes dar. Sie zählte weltweit zu den prägenden Prozessen des untersuchten Zeitabschnitts. Selbstverständlich hatte es Reichsbildungen auch schon in früheren Zeiten gegeben. In Eurasien verfestigten sich die Reiche zusehends, die krisenbedingten Interregna wurden

seltener und kürzer, und einige Reiche wurden zu Weltreichen. Reichsbildungen erfolgten auch in Afrika und Amerika. Als politische Lebensform erreichte das „Reich“ den Höhepunkt seiner Entwicklung.

Reiche zeichnen sich im Vergleich zu modernen Staaten durch eine wesentlich stärker dezentralisierte Machtstruktur aus. Die Reiche des lateinischen Europa um 1350 waren nur in begrenztem Maße durch die Herrschaft ihrer Könige geprägt, sondern durch Tausende von Adelherrschaften einerseits, Stadt- und Landgemeinden andererseits. In den Gemeinden spielte sich das politische Leben zwischen den – je unterschiedlich gewichteten – Polen Herrschaft und Genossenschaft ab. Durch herrschaftliche Privilegierung oder eigene Satzung oder Mischformen entwickelten sie ihr eigenes Recht, das nur für die Angehörigen der betreffenden Stadt bzw. Landgemeinde und auf deren Gebiet galt. Herrschaft bestand mithin in erster Linie in Rechtsprechung. Die Herrschaftsstruktur der Reiche war „nichts anderes als die politische Seite der dezentralen sozialen und wirtschaftlichen Struktur Europas“ (S. 727).

Die politische Geschichte des lateinischen Europa in den vier Jahrhunderten zwischen 1350 und 1750 war die Geschichte von Reichsbildungen, des Übergangs von mittelalterlichen Reichen zu frühmodernen Protostaaten und schließlich zu modernen Nationalstaaten. Dieser Prozess war um 1750 in einigen Ländern schon weit fortgeschritten, in anderen viel weniger weit. Reife erlangten die modernen Nationalstaaten erst im 19. Jh.

Die Staatswerdung bedeutete, dass die Zentrale selbst und ihr Zugriff auf das Land institutionalisiert wurden.

Persönliche Herrschaft wandelte sich in ein System von Gerichten, dann von weiteren Behörden. Diesen Verwaltungsapparaten gelang es erst nach und nach, die traditionell dezentralisierte Ordnung einigermaßen zu zentralisieren.

Reinhard führt in seinem Beitrag über das lateinische Europa zahlreiche Faktoren an, welche die Ausbildung frühmoderner Protostaaten und in der Folge von modernen Staaten wesentlich begünstigten: die römische Kirche als erste Zentralisierungsinstanz der europäischen Geschichte und Hauptträgerin der juristischen Revolution des 11. und 12. Jh.s; das Königtum als gesellschaftlich anerkannter Garant des Rechts, insbesondere des Eigentumsrechts; eine Abfolge fähiger Herrscherpersönlichkeiten; eine ausreichend breite Schicht gesellschaftlich maßgebender Personen, „die im eigenen Interesse die Sache der Dynastie zu der ihrigen machten“ (S. 25), typischerweise den bereits bestehenden Adel und eine zusätzliche, von der Dynastie geschaffene Oberschichte für den Kriegsdienst, Justiz- und Hofdienst; geeignete Institutionen (wie bspw. effektive Zentralbehörden und der wirtschaftlichen Entwicklung förderliche Gesetze) und deren effektive Durchsetzung, insbesondere die Errichtung eines Zwangsapparats zur Mobilisierung umfassender Ressourcen zur Kriegsführung; die Konfessionalisierung, die den weltlichen Obrigkeiten den Zugriff auf Kirchengut bzw. die Besteuerung des Klerus ermöglichte; schließlich die weltweite Führungsstellung Westeuropas in der Waffentechnik (gegossene eiserne Kanonen in England Mitte des 16. Jh.s).

„Bis 1750 hatte in den meisten Ländern eine erstarkte Monarchie mittels

einer ausgebauten Zentral- und einer oft auf lokaler Kooperation beruhenden Lokalverwaltung ihr Gewaltmonopol durchgesetzt und ihre Zuständigkeit immer weiter ausgeweitet, ihre Untertanen diszipliniert und ihre Kirche staatlicher Kontrolle unterworfen.“ (S. 750) Den frühmodernen Staaten um 1750 fehlte noch ein fundamentaler Bestandteil der Modernität: die politische Gleichheit staatsunmittelbarer Individuen. Erst die Französische Revolution sollte hier den entscheidenden Wandel einleiten.

Der vorliegende Band vereint eine große Zahl von länder- oder regionsbezogenen Einzelbeiträgen auf aktuellem

Forschungsstand, bietet eine enorme thematische Breite, die globale Perspektive und gute Lesbarkeit, kommt der Faszination einer breiten Leserschaft an der Geschichte globaler Zusammenhänge entgegen. So kann man berechtigterweise darauf hoffen, dass das Buch dazu beitragen wird, überkommene Geschichtsbilder zu revidieren.

Michael Mesch

Anmerkung

- ¹ Siehe die Rezension in WuG 35/4 (2009) 620ff.

Tito

Rezension von: Jože Pirjevec, Tito.
Die Biografie, Verlag Antje Kunstmann,
München 2016, 719 Seiten, gebunden,
€ 39,95; ISBN 978-3-956-14097-6.

Josip Broz Tito war eine der schillerndsten politischen Persönlichkeiten des 20. Jahrhunderts. Über ihn liegen zahlreiche Biografien vor, zumeist entweder aus politischen Gründen vernichtende oder Hagiografien. Der Triestiner Slowene Jože Pirjevec, Professor für Geschichte an der Universität von Koper, forscht seit 1978 über Tito. Seine Biografie ist frei von politischem Missionseifer, akribisch recherchiert, wissenschaftlich ausführlich dokumentiert (der Anmerkungsenteil umfasst 100 Seiten) und stützt sich auf Archivarbeit in zahlreichen Ländern und auf vorher nicht erschlossene Quellen aus postjugoslawischen und sowjetischen Archiven.

Das Werk ist nicht nur eine detail- und anekdotenreiche Schilderung von Titos Leben und seiner Politik, sondern auch die Geschichte eines gescheiterten Staatswesens und eine Studie über die kollektive Führung Jugoslawiens aus vier (Tito, Milovan Djilas, Edvard Kardelj und Aleksandar Ranković), fünf oder sechs Männern, unter denen Tito freilich immer das letzte Wort hatte. Tito war der Arbitrator und Diktator, Djilas der Visionär, Kardelj der Denker, der die Staatsverfassungen konzipierte und die Wirtschaftsverfassungen entwarf, Ranković der Exekutor. Die Werke und Memoiren von Djilas und Vladimir Dedijer (Historiker und Vertrauter Titos) zählen zu den am häufigsten zitierten Quellen. Der übersetz-

te Titel des slowenischen Originals „Tito und seine Genossen“ wäre daher treffender gewesen.

Josip Broz wurde 1892 im Nordwesten Zentralkroatiens in eine kinderreiche Familie aus der bäuerlichen Unterschicht geboren. Der gelernte Schlosser trat 1911 der Sozialdemokratischen Partei bei. 1915 geriet er in russische Kriegsgefangenschaft und wandelte sich dort zum Bolschewiken. Im Juli 1917 nahm er in Petrograd am Putschversuch der Bolschewiki teil, gehörte nach dem erfolgreichen Staatsstreich im November der Roten Garde an.

1920 kehrte Broz nach Jugoslawien zurück und betätigte sich dort als Aktivist der verbotenen KPJ, einer unbedeutenden Kleinpartei. In den 1920er- und 1930er-Jahren wechselten im Leben des Berufsrevolutionärs in Diensten der Komintern Phasen der politischen Untergrundaktivität in der Heimat, Gefängnisstrafen und Aufenthalte im Exil in der Sowjetunion, aber auch in Wien, wo das Zentralkomitee der KPJ ihren Exilsitz hatte. Ab 1934 im ZK, wurde Tito (wie sich Broz seit damals nannte) nach der Verhaftung der KPJ-Führung in Moskau 1937 zum kommissarischen Leiter der Partei ernannt und im Jänner 1939 zum Generalsekretär des ZK.

Pirjevec bietet einen sehr gelungenen, kompakten und anekdotenreichen Überblick über die Formierung des Widerstands, die Kämpfe gegen die Okkupanten Jugoslawiens und den Bürgerkrieg zwischen 1941 und 1945. Ende Juli 1941 wurde Tito vom Politbüro der KPJ zum Kommandanten der Partisanenverbände ernannt. Der kommunistische Widerstand zielte von Anfang an nicht nur auf die Befreiung des Landes ab, sondern sah in Krieg

und Bürgerkrieg die Möglichkeit der Revolution, also der kommunistischen Machtübernahme und der radikalen Umgestaltung der Gesellschaft. Als einzige Widerstandsbewegung betonte die KPJ in ihrer Agitation „Brüderlichkeit und Einheit“, also die Gleichberechtigung aller Völker Jugoslawiens.

Die wichtigsten militärischen Erfolge der Tito-Partisanen bis zum Sommer 1943 bestanden zum einen darin, dass sie sich den fünf Großoffensiven der weit überlegenen Wehrmacht und deren Verbündeten durch großräumiges Ausweichen einigermaßen entziehen konnten, womit sie der Vernichtung entgingen und als politischer und militärischer Machtfaktor fortbestanden – mehrmals sehr knapp, wie Pirjevec spannend zu schildern weiß. Zum anderen brachten Titos Partisanen schon in dieser Phase den Tschetniks entscheidende Niederlagen bei. Die militärische Wende erfolgte mit dem einseitigen Waffenstillstand Italiens im September 1943. Ab dieser Zeit erhielten die Partisanen des „Volksbefreiungsrats“ (AVNOJ) massenhaften Zulauf und militärische Unterstützung der Westalliierten.

Im November 1943 bildete der AVNOJ in Jajce eine Art vorläufige Regierung, das „Nationalkomitee zur Befreiung“ (NKOJ), unter Titos Vorsitz. Die maßgeblichen Entscheidungen fielen freilich im Politbüro der KPJ. Diese hatte damals bereits entschieden, nach dem Krieg keine freien Wahlen zuzulassen.

Ende Oktober 1944 eroberten die Partisanen gemeinsam mit der Roten Armee Belgrad. Tito personifizierte die Befreiung Jugoslawiens weitgehend aus eigenen Kräften. Diese Vorstellung konnte von der Propaganda genutzt werden, um den „Mythos Tito“ zu

konstruieren und den Personenkult zu gestalten.

Über die offiziell proklamierte „Zeit der Rache“ vom Mai 1945 bis Februar 1946 hat Pirjevec erstaunlich, ja bestürzend wenig zu sagen, fielen doch v. a. in dieser Phase und danach bis Mitte der 1950er-Jahre dem staatlich organisierten Terror Hunderttausende tatsächliche und angebliche Kollaborateure der Okkupanten und innenpolitische Gegner zum Opfer. Der Bürgerkrieg dauerte bis mindestens 1947 an, und die ethnischen Feindschaften schwelten untergründig weiter.

Die Machtübernahme durch die KPJ, die Ausschaltung jeglicher Opposition und der Übergang zur Planwirtschaft zwischen 1944 und 1947 folgten weitgehend dem gleichen Muster wie in den anderen osteuropäischen Ländern unter sowjetischer Hegemonie. Eine komparative Perspektive wäre hier aufschlussreich gewesen.¹

Bei den manipulierten Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung vom 11.11.1945 erhielt die von der KPJ dominierte „Volksfront“ über 90% der Stimmen. Diese Versammlung schaffte am 29.11. die Monarchie ab und rief die „Föderative Volksrepublik“ aus. Die im Jänner 1946 angenommene Verfassung war im Wesentlichen eine Kopie der sowjetischen aus 1936. Die Volksrepublik bestand demnach aus sechs Republiken und zwei autonomen Regionen (Vojvodina, Kosovo).

Selbst die kooperationsbereite politische Opposition war schon vor den Novemberwahlen ausgeschaltet worden. Das zweite Jugoslawien war eine Einparteiendiktatur nach stalinistischem Vorbild. An ihrer Spitze stand Tito.

Auch die Umgestaltung der Wirtschaftsordnung folgte zunächst dem sowjetischen Vorbild (Verstaatlichung

von großen und mittleren Industrieunternehmen, Banken und Transportfirmen; Fünfjahresplan 1947-51). Selbst die Mitglieder des Zentralkomitees der KPJ verfügten allerdings kaum über wirtschaftliche Fachkenntnisse. Milovan Djilas äußerte sich viel später folgendermaßen: „Das Wissen derjenigen, die die Ökonomie führten, war einfach armselig.“ (S. 211)

Um das tiefe Misstrauen zwischen den Volksgruppen zu überwinden, hatten die titoistischen Partisanen schon während des Kriegs den Mythos des gemeinsamen Befreiungskampfes gegen die Invasoren geschaffen. Auch der Mythos Tito wurde in diesem Zusammenhang instrumentalisiert. Gerade in Zeiten äußerer Bedrohung (1948ff) war Tito in Jugoslawien besonders beliebt.

Mit dem Bruch zwischen Stalin und Tito 1948 begann der Sonderweg Jugoslawiens, und zwar in der Außenpolitik (Ausschluss aus Kominform und RGW) und auch in der Wirtschaftspolitik (Arbeiter-Selbstverwaltungssozialismus ab 1950). Pirjevec nennt zahlreiche Ursachen für diesen Bruch. Er hebt hervor, dass für Tito und dessen Freunde und Genossen im Politbüro immer offensichtlicher wurde, dass Stalin beabsichtigte, Jugoslawien politisch und wirtschaftlich zu beherrschen (u. a. durch die Gründung gemeinsamer Wirtschaftsunternehmen) sowie dessen Industrialisierung zu verhindern und dem Land im Rahmen des zu gründenden RGW (Januar 1949) die Funktion eines Zulieferers landwirtschaftlicher Erzeugnisse zuzuweisen. Und Stalin war keineswegs geneigt zu dulden, dass Satellitenstaaten ihre gegenseitigen Beziehungen und jene zum Westen unabhängig (von Moskau und dem Kominform) gestalteten. Tito

führte den Bruch und den Konflikt nicht herbei, „aber er beanspruchte eine größere Manövrierfreiheit und war nicht bereit, sich mit der Rolle eines Vasallen zufriedenzugeben“ (S. 215). Dieses Selbstbewusstsein Titos und seiner Genossen ist nur durch die Erfolge der jugoslawischen Kommunisten im Krieg zu erklären, als sie sich an die Selbstständigkeit gewöhnt hatten und auch viele Entscheidungen trafen, die Moskau nicht genehm waren, und selbstverständlich auch damit, dass sie die Bevölkerung und die kampferprobten Streitkräfte hinter sich wussten. Anders als Stalins Vasallen in den Satellitenstaaten verfügte Tito über eine Machtstruktur, die nicht vollständig unter sowjetischer Kontrolle stand.

Ohne Titos Mut, Selbstsicherheit und Unbeugsamkeit gegenüber Stalin hätte die Geschichte Jugoslawiens wohl einen anderen Verlauf genommen. In den folgenden Jahrzehnten verstand es Tito, die strategische Lage seines Landes zu nützen und die Blockfreiheit zu wahren. Er war ein Meister des politischen Lavierens, sicherte sich die Unterstützung des Westens, wenn es darum ging, sich gegenüber dem Druck Moskaus zu behaupten, nahm Kredite, Waffen und Getreidelieferungen von beiden Seiten.

Mit der im Juni 1950 eingeführten Arbeiterselbstverwaltung ging Jugoslawien in Bezug auf die Wirtschaftsordnung neue Wege. Aber „vor allem die fehlende Bereitschaft der Partei, ihrer hegemonialen Stellung zu entsagen“ (S. 303), behinderte von Anfang an dieses Experiment. Die Wirtschaftsverfassung wurde häufig geändert, schwankte zwischen verstärkter wirtschaftspolitischer Autonomie der Großgemeinden und Teilrepubliken sowie betriebswirtschaftlicher Autono-

mie der Betriebe (über die Verwendung von Gewinnen) einerseits und mehr zentraler staatlicher Planung andererseits hin und her. Und die Einsetzung der Betriebsdirektoren erfolgte durchwegs durch Parteikomitees und nicht durch Arbeiterräte. „So blieb die ‚Selbstverwaltung‘ in Wirklichkeit eine politisch-ideologische Parole.“ (S. 303)

Immerhin war unter dieser gemischten Wirtschaftsordnung eine längere Phase hohen Wachstums möglich, die von 1953 bis Anfang der 1970er-Jahre währte, basierend auch auf dem Import und der Adaption westlicher Technik. Das serbische Pro-Kopf-Einkommen etwa vervierfachte sich in diesen zwei Dekaden. Die Entwicklungsrückstände der südöstlichen Teilrepubliken gegenüber Slowenien vergrößerten sich jedoch auch in dieser Wachstumsphase weiter: Das Pro-Kopf-BSP Serbiens fiel von 57% 1952 auf 48% 1974, jenes Bosniens von 53% auf 33%.²

Das hohe Verbrauchsniveau der 1970er-Jahre, an das sich viele ehemalige JugoslawInnen wehmütig erinnern, erfolgte auf Pump, beruhte auf beschleunigter Aufnahme von Schulden im westlichen Ausland, konnte also nicht nachhaltig sein.

Pirjevec betont immer wieder nachdrücklich, dass die zentrifugalen Tendenzen in Jugoslawien schon in den 1960er-Jahren sehr stark waren. Erstens bestanden die ethnischen Spannungen untergründig fort. Zweitens spalteten die wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen das Land. Der grundlegende Konflikt, ob der gemeinsame Staat eher dezentral (kroatische und slowenische Position), eher zentralistisch mit starker wirtschaftlicher Umverteilung (Position der weniger entwickelten Republiken) oder hegemonal (Position vieler Serben im

BdKJ) zu organisieren sei, erwies sich als nicht beilegbar.

1965 ließen Tito und seine Genossen eine gewisse Demokratisierung und Liberalisierung im BdKJ und in der Gesellschaft zu. In mehreren Republiken bildeten sich in der Folge im BdKJ Gruppen von Reformern, in Kroatien eine „nationale“, in Serbien eine „liberale“ und in Slowenien eine „technokratische“. Doch als diese innerparteilichen Oppositionen so weit gingen, den „demokratischen Zentralismus“ zu kritisieren, geheime Wahlen zu fordern, ein pluralistisches politisches System zu erwägen und damit die Macht der alten Garde zu gefährden schienen, ließ Tito 1972 die Reformistengruppen in den drei Republiken zerschlagen. Als längerfristig besonders fatal erwies sich die Entmachtung der serbischen Liberalen. Diese lehnten den großserbischen Nationalismus ab und befürworteten mehr Demokratie und Selbstverwaltung. Der Sturz der serbischen Liberalen um Marko Nikesić bedeutete auch die Niederlage der „europäischen Richtung“ im serbischen politischen Diskurs. Die Säuberung von Politik, Wirtschaft und Kultur ermöglichte den Aufstieg mittelmäßiger, xenophober, im serbischen Opfermythos gefangener Parteifunktionäre, öffnete also dem großserbischen Nationalismus in der Partei Tür und Tor, bereitete Milošević den Weg. Viel zu selten trifft Pirjevec derartige historische Einschätzungen und Urteile.

„(D)ie 1974 verabschiedete Verfassung erwies sich als nicht praktikabel, es war nicht möglich, den Bundesstaat zu einer Konföderation umzugestalten, die Republiken auf neue Weise miteinander zu verbinden, den Übergang vom Einparteienregime zu einem System des politischen und ökonomischen

Pluralismus zu bewerkstelligen.“ (S. 579) „Weil es keine Meinungsfreiheit gab, war es auch nicht möglich, offen darüber zu sprechen, wie die Zukunft Jugoslawiens nach Tito aussehen sollte.“ (S. 580)

Die Verfassungsänderung übertrug so viele Kompetenzen von der Bundesregierung auf die Republiken, dass das Land von der Hauptstadt aus geradezu unregierbar wurde. Nur noch die Bereiche Verteidigung, innere Sicherheit, Außenpolitik und gemeinsamer Markt blieben in der Kompetenz der Bundesregierung. Die akzentuierte Föderalisierung hatte jedoch nicht die beabsichtigte Abschwächung der Konflikte zwischen den Teilrepubliken zur Folge: Da von diesen unter den krisenhaften wirtschaftlichen Bedingungen mehr und mehr die jeweiligen Partikularinteressen verfochten wurden, verschärfte sich die Auseinandersetzungen um die Zahlungen in den Bundesentwicklungsfonds etc. weiter.

Tito war schon 1971 extrem pessimistisch bezüglich der Zukunft Jugoslawiens. Er sollte recht behalten. Nach seinem Tod im Mai 1980 büßten Titoismus, Jugoslawismus und Mythos

der Befreiungsbewegung rasch an integrativer Wirkung ein.

Auch nach Pirjevecs Biografie bestehen bezüglich Titos Lebenslauf manche Unklarheiten: v. a. hinsichtlich seiner Zeit im Moskauer Exil in den 1930er-Jahren, aber auch bezüglich seiner Rolle im Terror der Nachkriegszeit, was u. a. daran liegt, dass die Akten von NKWD und UDBA nicht zugänglich sind.

Trotz der erwähnten Schwächen des Werks ist Pirjevecs Tito-Biografie allen an der Geschichte Südosteuropas Interessierten sehr zu empfehlen, zumal sie eine erhellende, durchwegs interessante, je zuweilen spannende und mitreißende Lektüre bietet.

Martin Mailberg

Anmerkungen

- ¹ Siehe dazu Applebaum, Anne, *Der Eisernen Vorhang. Die Unterdrückung Osteuropas 1944-1956* (München 2013) und die Rezension in *WuG* 40/1 (2014) 183ff.
- ² Lukan, Walter; et al., *Serbien und Montenegro* (= Sonderband 18 der „Österreichischen Osthefte“, Wien 2006) 678.

Europas Städte zwischen Spätantike und Früher Neuzeit

Rezension von: Elisabeth Gruber, Mihailo Popović, Martin Scheutz, Herwig Weigl (Hrsg.), Städte im lateinischen Westen und im griechischen Osten zwischen Spätantike und Früher Neuzeit. Topographie – Recht – Religion, Böhlau, Wien 2016, 354 Seiten, broschiert, € 60; ISBN 978-3-205-20288-2.

Der Stadt kommt eine zentrale Funktion für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung Europas zu. Deren Wurzeln reichen bis in die Antike zurück, wo in den griechischen Städten die Demokratie entstand und in den römischen der Rechtsstaat praktiziert wurde. Zwar gingen diese Ansätze vielfach in den Stürmen der Völkerwanderung verloren, doch erlebte die Stadt im Mittelalter eine neue Blüte.

Es entstanden neben dem Feudalsystem neue politische und ökonomische Einheiten, welche in steigendem Maße ihre Angelegenheiten selbst entschieden, eigene Gerichtsbarkeit einrichteten, die nach ebensolchem Recht entschieden und wohldefinierte Eigentumsrechte begründeten. Wirtschaftlich beruhten sie zumeist auf Märkten, gingen jedoch immer stärker zur handwerklichen Produktion über. Sie betrieben regionalen Handel, welcher sich immer stärker auch zu interregionalem wandelte, dessen rechtliche Voraussetzungen sie gleichfalls schufen. Sie blieben, sieht man von Klöstern ab, auch Zentren des kirchlichen Lebens, woraus sich allmählich Schulen sowie Universitäten entwickelten. So erwuch-

sen vor allem in Deutschland und Italien weitgehend unabhängige Machtzentren, welche als Basis für das Auftreten neuer Geistesrichtungen, wie Humanismus, Renaissance und Aufklärung, gesehen werden können, ebenso wie sie die Voraussetzungen für neue wirtschaftliche Entwicklungen schufen. Diese Prozesse vollzogen sich ausschließlich in Europa, jedoch auch dort in unterschiedlichem Ausmaß.

Angesichts der Bedeutung dieses Themas ist jede Studie zu begrüßen, welche sich mit dieser Frage befasst und neue Aspekte herausarbeitet. Das gilt auch für die vorliegende. Darin geben zunächst Michel Pauly und Martina Stercken einen Überblick über die historische Entwicklung der europäischen Stadt. Hierbei weisen sie auf die bemerkenswerte Konstanz der regionalen wie sozialen Struktur des Städteternetzes vom frühen Mittelalter bis in das 19. Jh. hin. Relevant scheint auch der Umstand, dass zwar in den Städten die Basis der späteren Demokratie gelegt wurde, diese aber nicht die Fähigkeit zur Bildung von Territorialstaaten entfaltet. Selbst mächtige Städtebünde, wie die Hanse, zeigten keine Ansätze zu einer solchen Entwicklung. Das geschah nur unter massivem äußerem Druck, wie im Falle der Schweiz und jenen der Niederlande. Dieser Schritt blieb den fürstlichen Territorialherrschern vorgehalten.

Katalin Szende analysiert die Voraussetzungen der Stadtgründung im lateinischen Westen, welche in hohem Maße ökonomisch determiniert waren, wengleich auch politischen Elementen eine Rolle zukam. Daraus entwickelte sich ein System der zentralen Orte, welches Christaller und Lösch theoretisch untermauert und auf des-

sen Konstanz schon Pauly und Stercken hingewiesen hatten.

Martin Scheutz widmet sich dem Kern der sozialen und politischen Entwicklung in den europäischen Städten, dem Bürgerbegriff und dem Bürgerrecht. Ersterer reicht bis in die Antike zurück und lässt sich grundsätzlich mit dem Charakter der Autonomie, der Selbstregierung umschreiben. Das Bürgerrecht des Mittelalters blieb an gewisse Voraussetzungen, wie etwa Hausbesitz, gebunden, musste formal bestätigt und stetig erneuert werden. Es dokumentierte die enge soziale Verflechtung im Ort. Auf solche Bürger entfiel, einschließlich der Familienangehörigen, nur etwa ein Drittel der Stadtbevölkerung, der Rest zählte zu Bewohnern minderen Rechts. Die Bürger erfreuten sich zahlreicher Privilegien – eines der wichtigsten scheint der Weinausschank gewesen zu sein –, aber ebenso hatten sie Pflichten zu erfüllen, wie den Kriegsdienst.

Die spezifische Entwicklung im westeuropäischen Raum wird in der gänzlich andersgearteten im byzantinischen Raum deutlich. Albrecht Berger betont, dass die dramatischen Gebietsverluste dieses Staates an Slawen und Araber praktisch keine autonome städtische Entwicklung außerhalb Konstantinopels erlaubten. Die verbliebenen Orte wurden von Bischöfen oder Militärkommandanten regiert. Andererseits blieb „Konstantinopel ... als Sitz des Kaiserhofs und, seit dem siebten Jahrhunderts, als einziges verbliebenes politisches Zentrum des oströmischen Reiches noch lange Zeit eine typische Haupt- und Residenzstadt spätantiker Prägung, in der die alten politischen Institutionen weiter bestanden“ (S.169). Damit blieb auch der antike Bildungskanon, mit der

Verachtung physischer Arbeit, aktuell, wodurch das Entstehen gerade jener Schicht verhindert wurde, welche die westeuropäischen Städte trug. Maßgebend blieben die Aristokraten mit Lati-fundienbesitz außerhalb der Stadt. Eine Änderung dieser Verhaltensweisen zeichnete sich erst in den letzten Jahrzehnten vor 1453 ab. Diese Tendenz bestätigt Claudia Rapp in ihrer Untersuchung über die Leitvorstellungen für die Stadt in der byzantinischen Gedankenwelt. Daran vermochte auch das Christentum nichts zu ändern. An die Stelle der Agora trat die Kirche.

Dagegen vermeint Elisabeth Gruber solche Leitvorstellungen im lateinischen Westen zunächst metaphorisch und ambivalent als „Himmlisches Jerusalem“ oder „Hure Babylon“ zu finden. Auch sei die Stadt aus monastischer Sicht kritisch gesehen worden. Später wären Stadtbeschreibungen verschiedenster Art in den Vordergrund getreten. Doch stellt sich die Frage, ob mittelalterliche Autoren nicht auch systematisch die – vor allem ökonomischen – Existenzbedingungen der Stadt ins Auge gefasst hatten. Das gilt sicherlich für den von der Autorin zitierten Thomas von Aquin, aber auch etwa für Luca Pacioli, den Erfinder der doppelten Buchführung, oder Francesco di Balduccio Pegollotti mit seinem Buch „Pratica della mercatura“ oder L. Alberti mit „Del governo della famiglia“.

Gerrit Jasper Schenk widmet sich der Frage, wie weit man von der Stadt als „sakralem Raum“ sprechen könne und wie sich dieser manifestierte sowie veränderte. Festzuhalten bleibt, trotz aller Vielfalt der Ausprägungen des Glaubens, dass die westeuropäische Stadt des Mittelalters durch eine intensive Religiosität ihrer Bürger gekennzeichnet war. Die Silhouette dieser

Orte war durch die Stadtmauern und die Kirchtürme geprägt. Jede erwählte einen heiligen Patron. Offensichtlich intensivierte die religiöse Gemeinschaft die politische Kompaktheit der Bürgerschaft, freilich ohne ihr Streben nach Autonomie und Unabhängigkeit sowie die Weiterentwicklung von Schulen und Universitäten zu behindern.

In der Zusammenfassung weist Peter Schreiner noch einmal explizit darauf hin, dass weder den Einwohnern Konstantinopels noch der wenigen verbliebenen Orte außerhalb der Metropole irgendwelche Rechte zur Selbstverwaltung gewährt worden seien. Auch hätten sich diese gar nicht als Stadtbürger, sondern als Angehörige des

oströmischen Kaiserreiches gefühlt. Bihrer hebt in seinem abschließenden Beitrag dagegen die Dynamik der westeuropäischen Stadt hervor.

Hier konnte nur ein Teil der umfassenden Studie besprochen werden, vor allem jene Artikel, welche sich mit der eingangs erwähnten Rolle der Stadt für die europäische Entwicklung befassten. Der Band enthält noch eine Reihe weiterer interessanter – auch methodologischer – Untersuchungen. Die Arbeiten sind, in der Tradition deutschsprachiger Historiker, breit und ausführlich, mit vielen Fußnoten, angelegt. Das Buch ist allen Interessierten zu empfehlen.

Felix Butschek